

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatlich 3,50 zł. mit Zustellgeld 3,80 zł. Bei Postbezug monatlich 3,89 zł. vierteljährlich 11,66 zł. Unter Streifenband monatlich 7,50 zł. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwererem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postfachkonten:** Polen 202157, Danzig 2528.

Nr. 237

Bydgoszcz/Bromberg, Freitag, 15. Oktober 1937.

61. Jahrg.

Deutschland garantiert Belgiens Unverletzlichkeit

Deutsch-belgischer Notenaustausch.

Aus Berlin wird gemeldet:

Im Auswärtigen Amt in Berlin hat am Mittwoch mittag ein Notenaustausch zwischen dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und dem belgischen Gesandten Comte Jacques Davignon stattgefunden. In der deutschen Note wird die Unverletzlichkeit Belgiens von Deutschland anerkannt. Gleichzeitig wird die Versicherung abgegeben, daß Deutschland Belgien auf dessen Wunsch Beistand gewährt, falls es Gegenstand eines Angriffs oder einer Invasion sein sollte. Die Belgische Regierung hat für diese Erklärungen, die einen neuen deutschen Friedensbeitrag darstellen, ihren Dank ausgesprochen.

Der Wortlaut des Notenaustauschs.

Die Note des Reichsministers des Auswärtigen an den belgischen Gesandten hat folgenden Wortlaut:

Auswärtiges Amt

Berlin, den 13. Oktober 1937.

Herr Gesandter!

Im Namen der Deutschen Regierung habe ich die Ehre, Exzerpt folgendes mitzuteilen:

Die Deutsche Regierung hat mit besonderem Interesse Kenntnis von den öffentlichen Erklärungen genommen, die die Belgische Regierung zur Klärung der internationalen Stellung Belgiens abgegeben hat. Sie hat ihrerseits wiederholt, insbesondere durch die Erklärung des deutschen Reichskanzlers in seiner Rede vom 30. Januar 1937, ihre Auffassung in dieser Hinsicht zum Ausdruck gebracht. Andererseits hat die Deutsche Regierung Kenntnis genommen von der Erklärung des Königlich Britischen und der Französischen Regierung vom 24. April 1937. Mit Rücksicht darauf, daß der Abschluß eines zur Ersetzung des Pakts von Locarno bestimmten Vertrags noch geraume Zeit in Anspruch nehmen kann, und in dem Wunsch, die friedlichen Bestrebungen der beiden Länder zu stärken, hält die Deutsche Regierung es für angebracht, ihre Haltung gegenüber Belgien schon jetzt zu präzisieren.

Zu diesem Zweck gibt sie folgende Erklärung ab:

1. Die Deutsche Regierung hat Akt genommen von der Auffassung, der die Belgische Regierung auf Grund ihrer eigenen Zuständigkeit Ausdruck gegeben hat, nämlich:

- daß sie in voller Souveränität eine Politik der Unabhängigkeit zu verfolgen gedenkt,
- daß sie entschlossen ist, die Grenzen Belgiens mit allen ihren Kräften gegen jeden Angriff und jede Invasion zu verteidigen; zu verhindern, daß das belgische Gebiet für einen Angriff gegen einen anderen Staat als Durchmarschland oder als Operationsbasis zu Lande, zur See oder in der Luft benutzt wird, und zu diesem Zweck die Verteidigung Belgiens in wirklicher Weise zu organisieren.

2. Die Deutsche Regierung stellt fest, daß die Unverletzlichkeit und die Integrität Belgiens für die Westmächte von gemeinsamem Interesse sind. Sie bestätigt ihren Entschluß, diese Unverletzlichkeit und Integrität unter keinen Umständen zu beeinträchtigen und jederzeit das belgische Gebiet zu respektieren, ausgenommen selbstverständlich in dem Fall, daß Belgien in einem bewaffneten Konflikt, in den Deutschland verwickelt ist, bei einer gegen Deutschland gerichteten militärischen Aktion mitwirken würde.

3. Die Deutsche Regierung ist bereit, ebenso wie die Königlich Britische und die Französische Regierung, Belgien Beistand zu gewähren, falls es Gegenstand eines Angriffs oder einer Invasion sein sollte.

Ich benutze auch diesen Anlaß usw.

Freiherr von Neurath.

Belgiens Dank.

Die dem Reichsaußenminister von dem belgischen Gesandten überreichte Note lautet wie folgt:

Belgische Gesandtschaft.

Berlin, den 13. Oktober 1937.

Herr Minister!

Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, Exzerpt folgendes mitzuteilen:

Die Königlich Britische Regierung hat mit großer Genugtung von der Erklärung Akt genommen, die ihr heute von der Reichsregierung mitgeteilt worden ist. Sie spricht ihr dafür ihren lebhaftesten Dank aus.

Ich benutze usw.

Comte Jacques Davignon.

Bedeutung der Erklärungen an Belgien.

Von zuständiger Berliner Seite wird zu dem deutsch-belgischen Notenaustausch folgendes mitgeteilt:

Die deutsche Note verfolgt den Zweck, den deutschen Standpunkt hinsichtlich der internationalen Stellung Belgiens zu klären, solange es noch nicht zum Abschluß eines neuen Westpakts gekommen ist. In dem Rheinpakt von Locarno war die internationale Stellung Belgiens so geregelt, daß ihm die Integrität seines Gebiets garantiert wurde, daß es aber zugleich, ebenso wie England und Italien, verpflichtet war, im Falle eines deutsch-französischen Konflikts auf die Seite der einen oder anderen Kriegspartei zu treten. Seit dem Ausscheiden Deutschlands aus dem System des Rheinpakts und seit der Einleitung diplomatischer Vorverhandlungen über den Abschluß eines neuen Westpakts hat die Belgische Regierung, wie sie in verschiedenen Verlautbarungen auch öffentlich zum Ausdruck gebracht hat, den Standpunkt vertreten, daß die besondere Lage Belgiens es erfordere, die Garantierung seiner Integrität künftig nicht mehr davon abhängig zu machen, daß Belgien auch seinerseits entsprechende Garantieverpflichtungen übernehme. In Verfolgung dieses Standpunkts hat die Belgische Regierung es erreicht, daß Frankreich und England, die in ihrem Verhältnis zueinander wie auch im Verhältnis zu Belgien bis zum Zustandekommen des geplanten neuen Westpakts noch den alten Rheinpakt als verbindlich ansehen, auf alle von Belgien im Rheinpakt übernommenen Verpflichtungen verzichtet haben.

Die Reichsregierung hat dem von der Belgischen Regierung bekundeten Willen zu einer Politik der Unabhängigkeit und des Gleichgewichts von Anfang an volle Sympathie entgegengebracht. Insbesondere hat in diesem Sinne der Führer und Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar d. J. bereits die Erklärung abgegeben, daß Deutschland bereit sei, die Unantastbarkeit Belgiens anzuerkennen und zu garantieren.

Da sich zurzeit nicht absehen läßt, wann die Verhandlungen über einen neuen Westpakt, in dem auch die Frage der internationalen Stellung Belgiens zu regeln sein würde, zum Abschluß gebracht werden können, hat es die

Durch Krieg zum Frieden!

Fürst Konoye über japanische Beweggründe und Ziele.

In einem Interview mit der United Press äußerte sich der japanische Ministerpräsident Fürst Konoye über die Ziele der militärischen Aktion Japans. „Weil zurzeit Kämpfe in China vor sich gehen“, so führte der Ministerpräsident aus, „kann das Ausland es nicht verstehen, daß der Friede und die Zusammenarbeit mit China unser Ziel ist. Trotzdem ist dies der Fall — und wir können sogar sagen, daß wir in China kämpfen, weil wir Frieden und Zusammenarbeit herbeiführen wollen. Es ist unmöglich, ohne vorherige Beseitigung der direkten Hindernisse, wie der antijapanischen Propaganda, der nationalistischen Politik und des kommunistischen Vormarsches, das gegenseitige Freundschaftsverhältnis zu erreichen, das wir erstreben. Die japanfeindliche Haltung Chinas ist in derart hoffnungsloser Weise verschärft worden, daß sich alle unsere Bemühungen um die Beseitigung der erwähnten Hindernisse auf friedlichem Wege als zwecklos erwiesen haben. Nur mit dem größten Widerwillen greifen wir zu Gewaltmaßnahmen, und unser einziger Trost besteht darin, daß wir keinen Angriffskrieg führen, sondern gegen die roten und den irigen Nationalismus kämpfen, die beide die tiefsten Fundamente des Friedens gefährden.“

Über die Möglichkeit einer japanischen Teilnahme an der Neun-Mächte-Konferenz befragt, erklärte Konoye: „Hierüber hat Japan noch keine Beschlüsse gefaßt.“

Der Ministerpräsident erklärte dann, er erkenne an, daß das ganze Problem zwei Seiten habe. „Wir geben zu, daß die Behauptung unfair wäre, daß lediglich Chinas antijapanische Politik für die jetzige Lage verantwortlich sei; aber es ist sicherlich unrichtig zu glauben, daß es stets nur die Handlungen Japans gewesen seien, die Chinas Japanfeindlichkeit verursacht hätten. Eine unabweisbare Tatsache darf unter all den frivolen Fragen nicht übersehen werden — und das ist die Intensität der antijapanischen Politik Chinas.“

Eine japanische Verlustliste.

Wie die Admiralität in Tokio mitteilt, hat die japanische Marine während des chinesisch-japanischen Konflikts bisher eine Verlustziffer von 1133 Mann und von 39 Flugzeugen zu verzeichnen. Wie die Admiralität weiter berichtet, haben die japanische Flotte und die japanischen Luftstreitkräfte 18 chinesische Kriegsschiffe, darunter 7 Kreuzer und 8 Zerstörer vernichtet sowie 181 chinesische Flugzeuge im Luftkampf und 143 Flugzeuge bei der Bombardierung von Flugplätzen zerstört. 18 chinesische Flugplätze und 10 Munitionsdepots wurden zerstört.

Reichsregierung für angebracht gehalten, die vom Führer und Reichskanzler erklärte Bereitschaft Deutschlands schon jetzt in einem förmlichen diplomatischen Akt der Belgischen Regierung gegenüber zu verwirklichen und zu präzisieren.

Die in der neuen deutschen Note enthaltene Erklärung der Reichsregierung geht von der Tatsache aus, daß die Belgische Regierung aus eigenem freiem Entschluß ihren Willen proklamiert hat, in voller Souveränität eine Politik der Unabhängigkeit zu verfolgen und mit allen Kräften zu verhindern, daß belgisches Gebiet von einem angreifenden Staat als Operationsbasis benutzt wird. Auf Grund der Feststellung, daß die Unverletzlichkeit und die Integrität Belgiens für die Westmächte von gemeinsamem Interesse sind, übernimmt die Reichsregierung in der Erklärung sodann die Verpflichtung, diese Unverletzlichkeit und Integrität unter keinen Umständen zu beeinträchtigen und jederzeit das belgische Gebiet zu respektieren.

Diese Verpflichtung ist nur an

eine einzige Bedingung

geknüpft, eine Bedingung, die sich im Grunde von selbst versteht. Deutschland würde Belgien gegenüber seine Handlungsfreiheit wiedergewinnen, wenn Belgien in einem Kriege, in den Deutschland verwickelt wäre, militärisch auf die Seite der Gegner Deutschlands treten sollte. Das würde natürlich nicht nur dann der Fall sein, wenn belgische Streitkräfte auf der Seite unserer Gegner mitkämpften, sondern auch dann, wenn sich die Belgische Regierung — etwa auf Grund der Zugehörigkeit Belgiens zum Völkerbund — bereitfinden sollte, belgisches Gebiet den feindlichen Streitkräften als Durchmarschland oder als Operationsbasis zur Verfügung zu stellen.

Ferner hat die Reichsregierung, entsprechend der Ankündigung des Führers und Reichskanzlers, mit der Verpflichtung, die Unverletzlichkeit und Integrität Belgiens zu respektieren, die Versicherung verbunden, Belgien auf seinen Wunsch Beistand zu gewähren, falls es Gegenstand eines Angriffs oder einer Invasion sein sollte.

Mit dieser Erklärung hat die Reichsregierung dem von der Belgischen Regierung selbst eingenommenen Standpunkt in einer so klaren und eindeutigen Weise Rechnung getragen, daß für Zweifel irgend welcher Art kein Raum mehr bleibt. Belgien hat die uneingeschränkte Gewissheit erhalten, daß es, solange es nicht bei einer gegen Deutschland gerichteten militärischen Aktion mitwirkt, von jeder militärischen Aktion Deutschlands verschont bleibt, und daß es, falls es von anderer Seite angegriffen werden sollte, auf den vollen Beistand Deutschlands rechnen kann. Die Reichsregierung darf für sich in Anspruch nehmen, mit diesem uneigennütigen großzügigen Schritt einen neuen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des europäischen Friedens geleistet zu haben. Sie glaubt aber ferner zu der Erwartung berechtigt zu sein, daß dieser Schritt auf die Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien einen günstigen Einfluß ausüben wird.

Garantie auch durch Italien.

Aufgegriffen des besonderen Interesses, das der deutsch-belgische Notenaustausch natürlicherweise bei den übrigen Westmächten finden wird, wird von zuständiger Seite in Berlin darauf hingewiesen, daß die Italienische Regierung über die deutsch-belgischen Verhandlungen fortlaufend unterrichtet worden ist.

Das „Giornale d'Italia“ deutet in einem maßgeblichen, aus der Feder seines Direktors Virginio Gayda stammenden Artikel die Wahrscheinlichkeit an, daß auch Italien dem nächst der Belgischen Regierung eine Garantie der Unverletzlichkeit geben werde, wie es die Reichsregierung durch den deutsch-belgischen Notenaustausch getan hat.

Belgiens neue Haltung sei auch von Frankreich und England am 24. April 1937 durch eine Erklärung, die Belgien unter erneuter Bestätigung des englisch-französischen Beistandes jeder Verpflichtung einer Hilfeleistung enthoob, anerkannt worden. Die von Deutschland abgegebene Erklärung habe, wie das halbamtliche Blatt betont, den gleichen, konkreten Wert. Gegenüber dem Geheiß, mit dem Tag für Tag das nationalsozialistische Deutschland und das sozialistische Italien geheimnisvoller Anschläge gegen den europäischen Frieden beschuldigt würden, beweise Deutschland durch konkrete Taten seine Friedenspolitik, die die Rechte Dritter achte und die internationalen Beziehungen zu den Mächten auf einer realistischen und sicheren Basis in Einklang zu bringen versuche. Italien könne diese Tat des Dritten Reiches nur mit lebhafter Freude begrüßen, die gemäß den vom Führer und vom Duce auf dem Mailfeld abgegebenen Erklärungen erfolgt sei.

Minister Spaaks Erklärung.

„Belgien kann sich nur beglückwünschen.“

Wie aus Brüssel gemeldet wird, empfing der belgische Außenminister Spaak am Mittwoch den deutschen Gesandten Freiherrn von Richthofen, und teilte im Anschluß daran den Vertretern der Presse die Erklärung der Reichsregierung mit.

Der Minister stellte fest, daß Belgien sich wegen dieses Ereignisses nur beglückwünschen könne, und führte aus, daß die Erklärung der Reichsregierung sich als logische Folge aus der Mitteilung des Reichskanzlers vom 30. Januar 1937 und aus den französisch-englischen Erklärungen vom 24. April d. J. ergebe. Die Erklärung der Reichsregierung

Suspendierung der polnischen Personalpfarreien in Danzig.

(Von unserem ständigen Danziger
Berichterstatter.)

Danzig, 18. Oktober.

Am Montag wurde in Danzig bekannt, daß durch ein Dekret des Bischofs von Danzig, Graf D'Rourke, zwei polnische Personalpfarreien eingerichtet worden seien. Das heißt, daß polnische Pfarrer, die bisher nur Kuratorien unter Aufsicht der deutschen Geistlichen verwalteten, über Nacht zu Leitern selbständiger Pfarreien erhoben wurden, die völlig unabhängig von deutschen Geistlichen sind. Während Kardinal-Erzbischof D. Blond in Polen drei bestehende deutsche Personalpfarreien aufgehoben hat, richtete man in Danzig zunächst zwei solcher Personalpfarreien neu ein — zwei weitere sollten folgen. — Während die deutschen Katholiken in den ehemals deutschen Gebieten Polens mit ihren alten Personalpfarreien in Bromberg, Posen, Gnesen auf diese Selbständigkeit verzichtet hatten, will man sie neu in Danzig den Polen gewähren.

Von der Danziger Regierung sind sofort Proteste erhoben worden, die denn auch zu einer vorläufigen Suspendierung der Anordnung der Errichtung zweier polnischer Personalpfarreien geführt haben.

Der Präsident des Senats Greiser hat sich in der Angelegenheit direkt nach Rom gewandt und an den Kardinalstaatssekretär Pacelli folgendes Telegramm geschickt:

**„Er. Eminenz, dem Herrn Staatssekretär
Seiner Heiligkeit des Papstes
Vatikan Rom.**

Am Sonntag, dem 10. Oktober, sind in Danzig Dekrete über die Errichtung von polnischen Personalpfarreien von dem zuständigen Bischof Grafen D'Rourke veröffentlicht worden. Diese Tatsache ist gegen den ausdrücklichen Willen der Danziger Regierung hergestellt und löst große Entrüstung nicht nur bei dem direkt davon betroffenen Bevölkerungsanteil, sondern darüber hinaus auch bei der gesamten Bevölkerung Danzigs aus.

Namens der Regierung der Freien Stadt Danzig lege ich schärfsten Protest gegen diese Maßnahme ein und bitte sofort dem Bischof von Danzig Anweisung geben zu wollen, die Personalpfarreien wieder aufzuheben.

Ausführliche schriftliche Bestätigung und genaue Darstellung unserer ablehnenden Gründe folgen.

Greiser, Präsident des Senats.

In dieser Frage hat Senatspräsident Greiser heute vormittag sodann den Bischof von Danzig empfangen zu einer längeren Unterredung. Das Ergebnis dieser Unterhaltung ist die Suspendierung der beiden polnischen Personalpfarreien durch den Bischof. Graf D'Rourke hat an den Präsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident!“

Unter Bezugnahme auf die heutige Rücksprache erlaube ich mir die Abschriften meiner Schreiben an die Pfarrer Rogasewski und Komrowski mit der Bitte um Kenntnisnahme zu übersenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Graf D'Rourke, Bischof von Danzig.

Diese Schreiben, gerichtet „an Hochwürden Herrn Pfarrer Rogasewski, Christkönigskirche, Sandgrube 5 und Hochwürden Herrn Pfarrer Komrowski, St. Stanislauskirche am Heeresanger“, lauten gleichlautend wie folgt:

„Hierdurch teile ich Euer Hochwürden mit, daß der Senat der Freien Stadt Danzig in Rom Protest (Rekurs) gegen die Dekrete über die Errichtung der Personalpfarreien eingereicht hat. Dadurch die Wirkung der Dekrete bis auf weiteres suspendiert.“

Eduard, Bischof von Danzig.

Die verfügte Errichtung polnischer Personalpfarreien ist somit vorläufig aufgehoben. Die Danziger Bevölkerung erwartet, daß der Vatikan die bischöflichen Dekrete endgültig zurückziehen lassen wird.

Wie der „Danziger Vorposten“ berichtet, ist am Sonntag in zwei Danziger Kirchen, die von den Polen selbst erbaut sind, und mit polnischen Geldern unterhalten werden, von der Kanzel verkündet worden, daß sie mit sofortiger Wirkung die Rechtsstellung von polnischen Personalpfarreien erhalten haben. Damit sind diese Kirchen aus dem organischen Zusammenhang der örtlichen Pfarreinteilung des Danziger Bistums gerissen, denn polnische Pfarrer, die mit dem Danziger Staat keinerlei rechtliche Beziehungen haben, sondern Privatleute sind, erhalten so die volle Selbständigkeit für

bringe zwar keine endgültige Regelung der Frage der Sicherheit in Westeuropa. Die Belgische Regierung habe stets den Standpunkt vertreten, daß keine Lösung des Problems erfolgen könne, solange keine Formel gefunden werden könne, die für Deutschland annehmbar sei. Die Erklärung der Reichsregierung werde zu einer Besserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten führen und zum Zustandekommen eines allgemeinen Abkommens anstelle der früheren Locarno-Verträge beitragen.

Im übrigen siehe Belgien nach wie vor zu den Verpflichtungen, die es als Mitglied des Völkerbundes übernommen habe. Besonders unterstrich Außenminister Spaak die Vereiterklärung der Reichsregierung, zur Sicherheit der belgischen Integrität Belgien im Falle eines Angriffs Hilfe zu leisten, falls dieses Verlangen an die Reichsregierung gestellt werde. Die Belgische Regierung, so schloß Außenminister Spaak seine Ausführungen, sei nunmehr in der Lage, eine Außenpolitik der vollkommenen Unabhängigkeit zu führen, welche gewiß von allen Ländern anerkannt werden würde. Diese Politik enthebe Belgien allerdings nicht der Verpflichtung, seine Wehrmacht dertat auszubauen, daß sie die Verteidigung des Landes unter allen Umständen verbürge. Diese Politik sei keine Rückkehr zu der Politik der verpflichteten Neutralität, wie sie Belgien vor dem Weltkrieg geführt habe.

Aufnahme in Paris und London.

Während man sich in politischen französischen Kreisen darauf beschränkt, die Erklärung Deutschlands über die Achtung der Unverletzlichkeit des belgischen Gebiets als das folgerichtige Gegenstück zu den im vergangenen April von französischer und englischer Seite Belgien gegebenen Zusicherungen zu betrachten, ist die Aufnahme, die diese Erklärung in London und in Paris gefunden hat, verhältnismäßig freundlich, denn jede Erhöhung der belgischen Sicherheit, an der England stark interessiert ist, wird dort aufrecht begrüßt. Freilich war seinerzeit befürchtet worden, daß Belgien bis zu einem gewissen Grad ins deutsche Lager abschwenken könnte. Diese Gefahr scheint den Engländern jetzt, da Belgien statt der unbedingten Neutralität die Unabhängigkeit gewählt hat, beseitigt zu sein.

In einer amtlichen belgischen Erklärung heißt es, die historische Aufgabe, die Belgien in Europa zu erfüllen habe, sei damit bestätigt und die internationale Stellung Belgiens gefestigt worden. Belgien freue sich über das Verständnis, das seine Nachbarn ihm gegenüber bekundet hätten. Die Belgische Regierung habe der Deutschen Regierung ihre lebhafte Befriedigung ausgesprochen. Sie erblicke in der deutschen Erklärung einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des Friedens und einen höchst günstigen Faktor für die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien.

In der belgischen Öffentlichkeit ist die Bekanntgabe der deutschen Erklärung mit großem Interesse aufgenommen worden. Die Auffassung geht einheitlich dahin, daß die Berliner Garantie gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die flämischen Zeitungen betonen vor allem, daß der französisch-sowjetische Militärpakt diese Entwicklung herbeigeführt habe. Auch wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nunmehr eine allgemeinere Regelung zustande komme, an der außer Frankreich, England und Deutschland auch Italien teilnehme.

In einer Stellungnahme betonen die „Times“, die deutsche Erklärung bringe ein neues Element der Sicherheit nach Westeuropa. Sie werde daher von allen denen begrüßt werden, die auf dem Standpunkt stünden, daß der Friede schrittweise erreicht werden müsse. In der Erklärung sei eine Zusicherung gegeben worden, die nicht nur für Belgien, sondern auch für England und Frankreich wichtig sei.

Tibor von Eckhardt

erklärt sich für Otto von Habsburg.

Auf einer Kundgebung der bürgerlichen Oppositionsparteien in Körmen hielt der Führer der Kleinlandwirte-Partei Tibor von Eckhardt eine Rede, in der er zum erstenmal offen für die Restauration eintrat und begeisterte Worte für Otto von Habsburg fand.

Eckhardt, der bisher gegen die Habsburger aufgetreten war und sich stets für die freie Königswahl eingesetzt hatte, führte aus, daß seine Partei immer für die Verfassungsstreue und für die Monarchie gewesen sei. Die internationale Lage habe aber nunmehr eine solche Entwicklung genommen, daß die Restauration als eine Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Donauraum aktuell geworden sei. Erst heute erkenne man, was die alte österreichisch-ungarische Monarchie bedeutet habe. Die österreichisch-ungarische Zusammenarbeit müsse auf eine noch breitere Grundlage gestellt werden. Das sei nicht nur eine für die Ungarische Nation unerlässliche, unentbehrliche Notwendigkeit, sondern für die Ruhe und den Frieden Europas. Es dürfe nicht geschehen, daß sich der Einfluß irgend einer ausländischen Großmacht auf das ungarische Territorium durchsetze und so das europäische Gleichgewicht gestört werde.

Die Aktualität der legitimistischen Politik sei dadurch noch gewachsen, daß Otto von Habsburg großjährig geworden sei. Eckhardt sagte dann, daß er im vergangenen Sommer Gelegenheit hatte, Otto von Habsburg persönlich zu besuchen, und sich mit ihm mehrere Stunden lang auszusprechen. Er sei erfreut darüber, daß er bei Otto verfassungsmäßige und sozialbegründete Ansichten feststellen konnte und in ihm eine Persönlichkeit erkennen konnte, die sich mit den gegenwärtigen internationalen und auch ungarischen Problemen in allen Punkten befaßt.

Neben dem Führer der Kleinlandwirte-Partei hat sich auch der Führer der zweiten oppositionellen Partei im ungarischen Parlament, der Liberale Karl Kassay in Körmen zum Legitimismus bekannt, die „Wiener Neueste Nachr.“ bemerkten zu dem Gefinnungswandel Tibor von Eckhardts, dieser habe in seiner politischen Laufbahn schon manche überraschende Wendung vorgenommen. Die neueste sei sein Bekenntnis zum Legitimismus. Man müsse abwarten, welche taktischen Zwecke er mit ihr verfolge.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 14. Oktober 1937.

Krakau - 2,79 (- 2,82), Zawichost + 1,20 (+ 1,22), Warschau + 0,73 (+ 0,73), Błoc + 0,30 (+ 0,29), Thorn + 0,07 (+ 0,08), Jordan + 0,12 (+ 0,13), Culm - 0,04 (- 0,03), Graudenz + 0,13 (+ 0,15), Kurland + 0,28 (+ 0,30), Wicel - 0,31 (- 0,29), Dirschau - 0,43 (- 0,44), Elmze + 2,20 (+ 2,26), Schwenhorst + 2,42 (+ 2,56). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

alle pfarramtlichen Angelegenheiten. Bisher waren die durch polnische Initiative entstandenen Kirchen nur für diejenigen polnischen Staatsangehörigen zuständig, die sich von selbst ihrer Seelsorge unterstellten. Nach dem vom Papst genehmigten Einrichtungsplan von Personalpfarreien würden nach Ansicht des „Danziger Vorposten“ polnische Pfarrer in Danzig die Möglichkeit haben, sich in der gesamten katholischen Bevölkerung zu betätigen, und da die in Danzig lebenden Pfarrer in den politischen Organisationen eine führende Stellung einnehmen, innerhalb der Danziger katholischen Gemeinden Polonisationsarbeit zu betreiben. Das Danziger Organ der NSDAP nimmt an, daß der Staat, den man einfach vor eine Tatsache gestellt hat, Wiedergutmachung der Verletzung seines Patronatsrechts gegenüber der katholischen Kirche verlangen wird.

Der „Danziger Vorposten“ spricht bei der Behandlung der Angelegenheit von einem „durch Mißbrauch der Kirche geplanten Polonisationsversuch“, der infolge des bestimmten Auftretens der politischen Instanzen Danzigs abgelehnt worden sei. „Danzig konnte das Beweismaterial ins Feld führen, daß der Vatikan die bisherigen Anträge polnisch-kirchlicher Kreise, im Bistum Danzig eine selbständige polnische Enklave mit weitgehenden Rechten zur Betätigung unter den Katholiken Danzigs zu schaffen, mit der Begründung abgelehnt hatte, daß keine Notwendigkeit bestehe, die in der inneren Ordnung der Römisch-Katholischen Kirche nur als seltene Ausnahme zugelassene Einrichtung von Personalpfarreien zu gestatten. Die Lage hat sich seit 1936, dem Zeitpunkt der letzten Ablehnung durch den Vatikan nicht geändert. Deshalb wird Rom jetzt nichts anderes tun können, als die Suspendierung... zu bestätigen und somit einen Zustand für die Dauer anzuerkennen, der bis zum 7. 10. 1937 im Verhältnis der Polen zum Bistum Danzig geherrscht hat.“

Demgegenüber glaubt die Polnische Telegraphen-Agentur feststellen zu können, daß man den Begriff der Personalpfarreien mit den „sogenannten Patronatsrechten des Senats“ verwechselt, die lediglich gegenüber den bestehenden Pfarreien Geltung haben könnten, unter keinen Umständen aber gegenüber den neu gebildeten Pfarreien. Die Personalpfarreien seien nur eine Änderung der Organisationsform.

Auch den Vorwurf, daß die polnischen Pfarrer innerhalb der Katholiken in Danzig Polonisationsarbeit betreiben würden, hält die Polnische Telegraphen-Agentur für nicht stichhaltig. Die Verfügungen, durch welche Personalpfarreien eingeführt werden, sprächen nämlich ausdrücklich von der Bevölkerung polnischer Abstammung oder Sprache, was automatisch irgend eine Einmischung in Fragen der deutschen Bevölkerung anschlösse.

Polnische Stellungnahme

zu dem Telegramm Greisers an den Vatikan.

Das Protesttelegramm des Senatspräsidenten an den Kardinalstaatssekretär in Rom begleitet die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur heute mit folgendem Kommentar:

Das Telegramm wird durch die polnische öffentliche Meinung mit der größten Bewunderung aufgenommen werden. Die Einrichtung der Personalpfarreien verstößt nämlich durchaus nicht gegen die Rechte des Senats, sein Protest entbehrt daher jeglicher Rechtsgrundlage. Das Dekret des Bischofs, das die Rektoren der polnischen Kirchen zu Leitern selbständiger Pfarreien macht, entspricht vollkommen den Garantien einer ungehemmten völkischen Entwicklung, die der polnischen Bevölkerung durch die Verfassung die polnisch-Danziger Vereinbarungen, sowie durch die Erklärungen des Senats der Freien Stadt garantiert worden sind. Aus diesem Grunde kann der Schritt des Senats, der mit der Entrüstung begründet wird, welche die Verordnung des Bischofs unter der Danziger Bevölkerung hervorgerufen haben soll, nicht gerechtfertigt werden.

Die Polnische Telegraphen-Agentur fügt hinzu, daß der Widerstand gegen die Bildung von polnischen Personalpfarreien durch einen gewissen Teil der polnischen Geistlichkeit aus durchaus nicht idealen Beweggründen organisiert worden sei. Der Widerstand sei der Befürchtung entsprungen, daß die Einrichtung dieser Pfarreien eine Verringerung der materiellen Einkünfte der einzelnen Danziger Pfarrer aus ihrer seelsorgerlichen Tätigkeit zur Folge haben könne, die übrigens seitlich durch die Rektoren der polnischen Kirchen ausgeübt worden sei.

Ritter von Epp in Schweden.

Der Reichsstatthalter von Bayern, General Ritter von Epp, ist zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Schweden in Begleitung des Oberfeldmeisters Wunschel eingetroffen. Am Bahnhof in Stockholm wurde der Reichsstatthalter u. a. vom deutschen Gesandten Prinz zu Wied begrüßt. Der Reichsstatthalter ist während seines Schweden-Aufenthalts Jagdgast beim Grafen Stenbock auf der Insel Orus in den südlichen Schären von Stockholm und bei Baron Bed-Frisz auf Farg. Am 21. Oktober wird General von Epp einen Vortrag in der Schwedisch-Deutschen Vereinigung über die Kolonialfrage halten. Es ist auch ein Empfang beim König von Schweden vorgesehen.

Konrad Henlein nach London abgereist.

Konrad Henlein ist am Montag zusammen mit Dr. Karl Janovsky, seinem Sonderbeauftragten für Wirtschaftfragen, nach London abgereist. Er wird dort eine Reihe von Besprechungen haben. Ein Vortrag ist nicht vorgesehen. Die Reise geht auf eine Einladung zurück, die vor einer Woche von englischen Freunden übermittelt wurde. Konrad Henlein wird noch im Laufe der Woche aus London zurückkehren.

Begnadigte Südtiroler.

Acht Südtiroler, die im Frühjahr zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, sind nunmehr amnestiert worden. Sie wurden bereits in ihre Heimat entlassen.

Neue Straßen in Rom.

Die neue große Straße, die zur italienischen Weltausstellung des Jahres 1941 in Rom führen wird, erhielt den Namen Guglielmo Marconi, während der neue Straßenzug, der durch die Abtragung der Bauten zwischen dem alten und neuen Burgo von Tibor nach St. Peter führt und die vatikanische Basilika schon vom weiten in ihrer großen Majestät dem Besucher freilegt, in Erinnerung an den Friedensschluß zwischen dem Vatikan und dem italienischen Staat durch die Lateranverträge „Straße der Versöhnung“ heißen wird. Auch nach dem jüngst verstorbenen Komponisten Ottorino Respighi wird ein Straßenzug benannt.

Beunruhigung in Transjordanien.

Einer Meldung aus Amman zufolge, richtet Ibn Saud zurzeit längs der Grenze des Transjordanlandes fünf starke Militärposten ein, zu deren Verstärkung fortgesetzt Truppen einreisen. Diese Truppenverstärkungen hätten in Transjordanien einen derartigen Eindruck gemacht, daß der Kommandant der Grenztruppen seine Beschlusnahme an die Heckschas-Bahn in die Nähe der Grenze vorverlegt habe. Eine Anzahl Militärflugzeuge seien ferner von Amman nach Maan gebracht worden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Was hat der Gdingener Hafen gekostet?

Das von der Polnischen Telegraphen-Agentur herausgegebene amtliche Nachrichtenblatt 'Gdingener Hafen Nachrichten' bringt in seiner letzten Nummer einen Artikel des Direktors der Seebauverwaltung im Handelsministerium, Miodzanski, unter dem Titel 'Die Seebauarbeiten an der Küste und ihre Bedeutung für das polnische Wirtschaftsleben'.

Diese Summe erscheint außerordentlich niedrig und bedarf wahrscheinlich dringend einer Nachprüfung, denn schon vor Jahren schätzten Fachkreise die Investitionen in Gdingen auf mehr als 1 Milliarde Zloty.

Miodzanski braucht allerdings diese niedrige Summe, um einen Riesengewinn in Gdingen herauszurechnen. Er behauptet nämlich, daß Polen von 1922-1936 2,5 Mill. Zloty dadurch eingepart habe, daß es auf die Benutzung fremder Häfen verzichten konnte.

Interesse am polnischen Flach.

Wie die polnische Wirtschaftspresse meldet, zeigt die polnische Textilindustrie in letzter Zeit ein besonderes Interesse für die Verwertung des heimischen Flachses. Den Hauptausgleich für diese Entscheidung hat die nach neuem Verfahren ermittelte reiflose Verwertung der Flachspflanzen gegeben, die noch vor kurzem in ihrem Verwertungswert unterschätzt worden ist.

Um die Öffentlichkeit mit dem gegenwärtigen Stand der Textilindustrie Polens vertraut zu machen, berief das Polnische Komitee für die Textilindustrie am 29. August d. J. zu einer Besprechung. Abteilungsleiter Glogowski und Ingenieur Wondraczki berichteten von den ungeachteten Möglichkeiten der Textilherstellung.

Das Ansteigen der Lebenshaltungskosten in Polen.

Die vom Statistischen Hauptamt errechneten Indizes für die Entwicklung der Lebenshaltungskosten haben in den Monaten Juli und August 1937 - bei unterschiedlicher Entwicklung zwischen den Kennziffern für einzelne Untergruppen - Rückgänge aufgewiesen, obwohl die tatsächliche Preisentwicklung nur einige Jahreszeitlich bedingte Preisrückgänge aufwies und auf vielen Gebieten sogar ein Fortschreiten der Preissteigerungen unverkennbar war.

Rückgang des Viehbestandes in Pommern.

In diesen Tagen hat das Statistische Hauptamt in Warschau die Viehzählung veröffentlicht, die am 30. Juni d. J. zum Abschluß gelangte. Aus dem veröffentlichten Zahlenmaterial geht hervor, daß die Gesamtzahl an Vieh und Pferden in Polen im Vergleich zum Jahre 1936 gestiegen ist.

Zwei Faktoren dürften diesen Rückgang verschuldet haben: Dürre und Parzellierung.

Der Bau der Reichsautobahnen.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Berlin: Der Vierjahresplan des Deutschen Reichs umfaßt u. a. den Bau von 7-10.000 Kilometer Reichsautobahnen. Es sind bereits 1538 Kilometer Reichsautobahnen fertiggestellt und dem Verkehr zugänglich gemacht worden.

Im August d. J. waren an diesem Zweck 2223 Brücken und Viadukte fertiggestellt worden, die für die Reichsautobahnen notwendig sind.

75 Millionen Zloty Überschuss der polnischen Staatsbahn. Der polnische Minister hat die Bilanz des kommerzialisierten Unternehmens 'Polnische Staatsbahnen' für das Jahr 1936 genehmigt. Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben beträgt 75 Mill. Zloty von welchem Betrag 10 1/2 Mill. Zloty an die Staatskasse übertragen wurden.

Das Ergebnis der diesjährigen Weltweizenerte. Das Internationale Landwirtschaftliche Institut in Rom teilt mit, daß das Ergebnis der diesjährigen Weltweizenerte auf 141,3 Mill. To. geschätzt wird, gegenüber 126,3 Mill. To. im Jahr 1936/37 und 122,1 Mill. To. im Jahr 1935/36.

Fremdnachrichten.

In Soltau (Dzialdowo). Zwangsversteigerung des im Plovo (Polvo) gelegenen und im Grundbuch Plovo, Bd. 8, Aufsatz 210, (Inb. Julian Karczanski, eingetragenen Landgrundstücks mit Gebäuden, toten und lebenden Inventars, Flächenraum 13,1734 Hektar, am 26. November d. J. im Bürgergericht. Schätzungswert 20 213 Zloty.

In Soltau (Dzialdowo). Zwangsversteigerung des im Preußen (Prusy) hiesigen Kreisfeldes gelegenen und im Grundbuch Prusy, Blatt 41 und 42, Inb. Hilse Greinke, geb. Neumann, eingetragenen Grundstücks (Wohnhaus, Scheune, Viehfälle usw.), Flächenraum 7,8309 Hektar, am 17. Dezember d. J., 10 Uhr, im Bürgergericht. Schätzungswert 5889 Zloty.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die italienische Wirtschaft hat einen bedeutungsvollen Schritt vorwärts auf dem ihr von Mussolini vorgezeichneten Wege zur Autarkie getan. Vor dem korporativen Zentralratssausschuss hielt der Duce seinen Rede, in der er erklärte, in Italien seien nunmehr alle Vorbedingungen abgeschlossen und man könne zur Verwirklichung der Autarkie übergehen.

Als Mussolini im Jahr 1923 die Regierung übernahm, hat er von vornherein den Fragen der Wirtschaftsorganisation stärkste Aufmerksamkeit gewidmet. Im Bewußtsein des engen Zusammenhangs zwischen politischen Möglichkeiten und wirtschaftlicher Entwicklung hat er von Grund auf einen Neuaufbau der italienischen Wirtschaft in die Wege geleitet, der um so nötiger war, als er sie in einem trostlosen Zustand vorfand.

das Ziel vorgezeichnet, sein Land so weit wie möglich wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen.

Es fiel auf, daß er die wirtschaftlichen Fragen durchaus beherrschte. Manche seiner Reden lesen sich wie wissenschaftliche Abhandlungen, die dem gründlichsten Fachkenner imponieren mußten. Genau wie es der Nationalsozialismus in Deutschland tat, hat auch Mussolini die privatwirtschaftliche Initiative in seine Rechnung eingestellt, hat also staatssozialistische Experimente vermieden.

Das Ergebnis der wirtschaftsorganisatorischen Arbeit Mussolinis ist eine an den Produktionszahlen deutlich abzulesende Steigerung der Arbeitsleistung. Durch sie sind die Grundlagen für die Durchföhrung des Autarkieplans geschaffen worden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im 'Monitor Politi' für den 14. Oktober auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Politi beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Warschauer Börse vom 13. Oktober. Umlauf, Verkauf - Kauf. Belgien 89,4, 89,58 - 89,22. Belgard -, Berlin -, 212,97 - 212,11. Budapest -, Bukarest -, Danzig -, 100,20 - 99,80. Spanien -, Holland 293,05, 293,77 - 292,33. Japan -, Konstantinopel -, Kopenhagen 117,50, 117,59 - 117,01. London 26,27. 26,34 - 26,20. Newport 5,28 1/2, 5,30 1/2 - 5,28 1/2. Oslo 132,00. 132,33 - 131,67. Paris 17,80. 18,00 - 17,60. Prag 18,53, 18,58 - 18,48. Riga -, Sofia -, Stodoch 135,50, 135,83 - 135,17. Schweiz 121,90. 122,20 - 121,60. Helsinki -, 11,64 - 11,58. Wien -, 98,20 - 98,80. Italien -, 27,96 - 27,76.

Berlin, 13. Oktober. Amtl. Devisenkurse. New York 2.491-2.495, London 12.345-12.375, Holland 137,67-137,95, Norwegen 62,05 bis 62,17, Schweden 63,65-63,77, Belgien 42,01-42,09, Italien 13,09 bis 13,11, Frankreich 8,347-8,363, Schweiz 57,30-57,42, Prag 8,708 bis 8,724, Wien 48,95-49,05, Danzig 47,00-47,10, Warschau -,.

Effektenbörsen.

Polener Effekten-Börse vom 13. Oktober. 5% Staatl. Konvert.-Anleihe größere Stücke 61,00 G. mittlere Stücke 58,00 G. kleinere Stücke 58,00 G. 4% Prämien-Dollar-Anleihe (S. III) - - - - - 4 1/2% Obligationen der Stadt Polen 1926 - - - - - 4 1/2% Obligationen der Stadt Polen 1929 - - - - - 5% Pfandbriefe der Westpolnischen Kredit-Ges. Polen - - - - - 5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G. - 31.) - - - - - 4 1/2% unget. Pfandbriefe d. Pol. Landwirtschaft I 54,50 + 4 1/2% Zloty-Pfandbriefe der Polener Landwirtschaft - - - - - 4% Konvert.-Pfandbriefe der Polener Landwirtschaft - - - - - Bank Cukrownicza (ex. Divid.) - - - - - Bank Politi (100 Z) ohne Coupon 8%, Div. 1936 - - - - - Wiedzin, Abr. Wap. I Cem. (30 Zl.) - - - - - 5. Cagliari - - - - - Suban-Bronki (100 Zl) - - - - - Cukrownia Krasowica - - - - - Tendenz: ruhig.

Produktenmarkt.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörse Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 4. bis 10. Oktober 1937 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Table with columns: Märkte, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer. Includes sub-tables for Inlandsmärkte and Auslandsmärkte.

Hamburg, Cif-Notierungen für Getreide und Aale vom 13. Oktober.

Preis in Hfl. per 100 kg, alles cif Hamburg unverollt. Weizen: Manitoba I hard Atlantis per Oktober - Doll., Manitoba II (Schiff) -, per Oktober 1920 sh., Karuljo 80 kg (Schiff) -, p. Oktober 1930 sh., Bahia 80 kg - Gerste: Plata 60-61 kg p. Oktober -, rufj. Gerste 64-65 kg - Gerste 64-65 kg (Schiff) -, p. Januar-Februar 1938 147/8 sh., 67-68 kg (Schiff) -, p. Januar-Februar 149/8 sh.; Roggen: Plata 72-73 kg p. Januar-Februar 174/8 sh.; Hafer: Plata Uncutped fac. 46-47 kg per Januar-Februar 117/8 sh., Plata Clipped 51-52 kg per Januar-Februar 120/8 sh., Hafer 54-55 kg per Januar-Februar -; Weizenmehl Plata per Oktober - sh., per November - sh.; Mais: La Plata per Oktober 128/8 sh., per November 128/8 sh., per Dezember 128/8 sh., per Januar 1938 128/8 sh.; Weizenkleie: Polzaros per Oktober - sh., Bran per Oktober - sh.

Italien plant eine noch stärkere Ausnutzung der Wasserkraft. deren Kräfteleistung von 1923 bis 1932 von 5 Milliarden auf über 10 Milliarden kWh gesteigert wurde. Von 1932 bis 1936 trat eine weitere Erhöhung auf 13,78 Milliarden kWh ein und es ist beabsichtigt, sie auf 27 Milliarden kWh zu erhöhen.

Neubaufläche für Baumwolle

so auszudehnen, daß der Inlandsbedarf in erheblichem Umfang als bisher gedeckt werden kann. Hier kommt zu Hilfe, daß in Aethiopien brauchbares Baumwollwolle vorhanden ist, an dessen Kultivierung mit Hilfe gearbeitet wird. Ebenso soll die Wolllieferung durch eine Erhöhung des bereits jetzt 8 Millionen Stid betragenden Schafbestandes in größtmöglichem Umfang gesichert werden.

wesentliche Steigerung der Weizenzeugung

ermöglichten. Die Summensteigerungen machen 17 Prozent der Gesamtanbaufläche des ganzen Landes aus die Weizenproduktion stieg von 45 Millionen auf 70 bis 80 Millionen To.

Schlüssig ist in diesem Zusammenhang auch auf den wirtschaftlichen Teil der 'Römischen Protokolle' hinzuweisen, die durch die enge Verflechtung mit den benachbarten Gebieten Österreichs und Ungarns alle drei Staaten in ihrer wirtschaftlichen Potenz stärken.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 14. Oktober.

Table with columns: Standards: Roggen 706 g/l, Weizen I 748 g/l, Weizen II 726 g/l, Hafer, etc. Transaktionspreise: Roggen, Weizen, Hafer, etc.

Richtpreise:

Table with columns: Roggen, Weizen, Hafer, etc. Richtpreise: 23.50-23.75, 30.00-30.50, etc.

Allgemeine Tendenz: ruhig.

Roggen, Weizen, Gerste, Roggenmehl und Weizenmehl ruhig, Hafer stetiger. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Table with columns: Roggen, Weizen, Hafer, etc. Spelskartoff., Fabrikartoff., etc.

Amtliche Notierungen der Polener Getreidebörse vom 13. Oktober.

Table with columns: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc. Richtpreise: 29.75-30.25, 22.00-22.75, etc.

allgemeine Tendenz: ruhig, Umläge 2503,4 to, davon 442 to Roggen, 115 to Weizen, 130 to Gerste, 75 to Hafer.